

Niederschrift

über die **8. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 30. November 2011, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|------|--|------------|
| 1. | Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2012 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2015 | 101.17.264 |
| 2. | Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2012 bis 2015 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015 | 101.17.131 |
| 2.1 | Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanes 2012 | 101.17.131 |
| 2.2 | Veränderungsliste 1 zum Haushaltsplan 2012 | 101.17.131 |
| 2.3 | Stellenplan des Haushaltsplanes 2012 | 101.17.131 |
| 2.4 | Antrag / Anträge des Jugendhilfeausschusses | 101.17.131 |
| 2.5 | Änderungsanträge der Fraktionen | 101.17.131 |
| 3. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 11/2011 - | 101.17.240 |
| 4. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Kenntnisnahme Liste A/2011 - | 101.17.241 |
| 5. | Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 für den Eigenbetrieb "Kasseler Entwässerungsbetrieb" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 | 101.17.247 |
| 6. | Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 | 101.17.248 |
| 7. | Gesundheit Nordhessen Holding AG
Gründung der Kassel School of Medicine gGmbH | 101.17.252 |
| 8. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 12/2011 - | 101.17.262 |
| 9. | Abschluss eines Vertrages zwischen der Stadt Kassel und der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung | 101.17.263 |
| 10. | Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Fünfte Änderung) | 101.17.265 |
| 11.1 | Risiken Salzmann - "Untervermietung" frei werdender Räume | 101.17.281 |
| 11. | Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude | 101.17.268 |

12.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 13/2011 -	101.17.269
13.	Städtische Werke AG Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	101.17.274
14.	Laufzeiten und Zinssätze der Kredite der Stadt Kassel	101.17.207
15.	Laufende Kosten für Fahrradleihsystem	101.17.214
16.	Einrichtung eines dritten Recyclinghofs	101.17.235
17.	Versetzung von Fahrradständern	101.17.236
18.	Erlaubnis von Bild- und Tonaufnahmen in allen öffentlichen Gremien	101.17.242
19.	Fahrradverleihsystem	101.17.246
20.	Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen	101.17.251
21.	Kunstrasenplatz Daspel	101.17.266

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 22. November 2011 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Friedrich teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte

15. Laufende Kosten für Fahrradverleihsystem

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.214 -,

17. Versetzung von Fahrradständern

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.236

und

19. Fahrradverleihsystem

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.17.246 –

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird.

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um folgenden Punkt

Risiken Salzmann – „Untervermietung“ frei werdender Räume

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.281 -.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um die Anfrage betr. Risiken Salzmann – „Untervermietung“ frei werdender Räume, 101.17.281, wird **zugestimmt.**

Die Anfrage wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 11, betr. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude, 101.17.268, zur Beratung aufgerufen.

Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, beantragt den Tagesordnungspunkt

11. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude

Vorlage des Magistrats

- 101.17.268 –

wegen Beratungsbedarf seiner Fraktion von der Tagesordnung abzusetzen.

Oberbürgermeister Hilgen spricht dagegen.

Vorsitzende Friedrich stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 11 betr. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude, 101.17.268, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke, erklärt zu Protokoll, dass Vorsitzende Friedrich, seinen erneuten Geschäftsordnungsantrag auf Absetzen des Tagesordnungspunkt

11. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude

Vorlage des Magistrats

- 101.17.268 –

nicht zur Abstimmung gestellt hat mit dem Hinweis, dass der Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion mit Mehrheit abgelehnt wurde und der Geschäftsordnungsantrag in der Sache somit erledigt sei.

Vorsitzende Friedrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2012 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2015

Vorlage des Magistrats

- 101.17.264 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2012 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2015, 101.17.264, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke, bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet ihn und beantragt Zifferweise Abstimmung.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 10 des Haushaltssicherungskonzeptes

Folgende Sätze werden ersatzlos gestrichen:

1. Zur Erhöhung der Einkommenssteuer muss die Bevölkerungsstruktur zu Gunsten eines höheren Anteils an steuerzahlenden und nicht transferabhängigen Bürgern beeinflusst werden.
2. Das Angebot an bebaubaren Flächen ist dabei ein zentrales strategisches Instrument.
3. Zur Stabilisierung der Gewerbesteuer müssen die notwendigen attraktiven Flächen wie das „Lange Feld“ mobilisiert werden.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Satz 1 des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2012 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2015, 101.17.264, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Satz 2 des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2012 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2015, 101.17.264, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Satz 3 des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2012 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2015, 101.17.264, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Hartig

2. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2012 bis 2015 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015

Vorlage des Magistrats
- 101.17.131 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt
 - a) die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 vom 29.08.2011
 - b) das Investitionsprogramm (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2012 - 2015
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2011 bis 2015 nach dem Stand vom 29.08.2011 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.
5. Auf die Aufstellung von Eckwerten für den Haushaltsplan wird verzichtet.“

2.1 Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanes 2012

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die aus der beigefügten Zusammenstellung (Anlage) über Änderungsvorschläge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2012 ersichtlichen Beschlussvorschläge des Magistrats und - soweit sich Änderungen hinsichtlich der Veranschlagung ergeben - die Aufnahme in den Haushaltsplan 2012.“

Stadtverordneter Lewandowski, CDU-Fraktion, beantragt die Anlagen 42, 44 und 51 gemeinsam mit den Änderungsanträgen der Fraktionen zu beraten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf gemeinsamen Aufruf der Anlagen 42, 44, und 51 mit den Änderungsanträgen der Fraktionen, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Döhne, Fraktion B90/Grüne, beantragt jede Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2012 aufzurufen und gegebenenfalls mit den entsprechenden Änderungsanträgen zur Abstimmung zu stellen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Stadtverordneter Döhne
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung aller Haushaltsstellen im Haushaltsplan 2012, wird **abgelehnt**.

Auf Antrag von Stadtverordneten Boeddinghaus, Kasseler Linke, stellt Vorsitzende Friedrich die Anlagen Nr. 2, 10, 11, 20, 48 en bloc zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU
Ablehnung: Kasseler Linke, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Den **Anlagen 2, 10, 11, 20 und 48** des Antrages des Magistrats betr. Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanes 2012, 101.17.131, wird **zugestimmt**.

Auf Antrag von Stadtverordneten Boeddinghaus, Kasseler Linke, stellt Vorsitzende Friedrich die Anlagen Nr. 42, 44 und 51 en bloc zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Den **Anlagen 42, 44 und 51** des Antrages des Magistrats betr. Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanes 2012, 101.17.131, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Den **Anlagen 1, 3-9, 12-19, 21-41, 43, 45-47, 49, 50 und 52** des Antrages des Magistrats betr. Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanes 2012, 101.17.131, wird **zugestimmt**.

2.2 Veränderungsliste 1 zum Haushaltsplan 2012

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2012 in der Fassung der beigefügten Veränderungsliste 1. Die Änderungen sind in den Haushaltsplan 2012 aufzunehmen.

Die Ansätze dieser Veränderungsliste und die sich im Zuge der Beratungen ergebenden Änderungen sind in das Investitionsprogramm und die Finanzplanung für die Jahre 2012 - 2015 einzuarbeiten.

Die Haushaltssatzung ist aufgrund der Ergebnisse der Haushaltsberatungen aufzustellen.

- b) Die sich aus der Veränderungsliste für die Jahre 2012 bis 2015 ergebenden Ansatzänderungen im Ergebnishaushalt und deren Auswirkungen auf die Finanzplanung 2012 bis 2015 werden zur Kenntnis genommen.“

Im Rahmen der Diskussion werden die Fragen der Ausschussmitglieder von Oberbürgermeister Hilgen und Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Veränderungsliste 1 zum Haushaltsplan 2012, 101.17.131, wird **zugestimmt**.

2.3 Stellenplan des Haushaltsplanes 2012

Antrag

Dem Entwurf des Stellenplans 2012 einschließlich der Veränderungslisten A bis G wird zugestimmt.

Die Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe Stellenplan an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen liegt den Mitgliedern als Tischvorlage vor. Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Stellenplan des Haushaltsplanes 2012, 101.17.131, wird **zugestimmt**.

2.4 Antrag / Anträge des Jugendhilfeausschusses

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert,

1. Kst: 510 222 08, Skt: 712 800 00 Mädchentreff „Girls only“: In den Haushalt ist für das Jahr 2012 wieder die bisherige Förderung in ihrem entsprechend dynamisierten Betrag von mindestens 36.708 € (Ansatz 2011) einzustellen.
2. Kst: 510 222 08, Skt: 712 800 00 „Jugendcafé in der Innenstadt (Treppenstraße)“: In den Haushalt ist für das Jahr 2012 wieder die bisherige Förderung in Höhe von 20.453 € (Ansatz 2011) einzustellen.
3. Kst: 510 00 220, Skt.: 711 910 000 „Globale Zuschüsse – Betrag zur Verteilung durch den JHA“: In den Haushalt ist für das Jahr 2012 wieder die bisherige Förderung in Höhe von 70.290 € (Ansatz 2011) einzustellen.
4. Der Jugendhilfeausschuss fordert den Magistrat auf, die Kürzungsforderung in Höhe von 50.000,- Euro zurück zu nehmen.

Der Antrag des Jugendhilfeausschusses liegt den Mitgliedern als Tischvorlage vor. Oberbürgermeister Hilgen und Stadtkämmerer Dr. Barthel beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Stadtverordneter Lewandowski, CDU-Fraktion, die ziffernweise Abstimmung des Änderungsantrages.

Ziffer 1 des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Ziffer 2 des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Ziffer 3 des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Ziffer 4 des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

2.5 Änderungsanträge der Fraktionen

Antrag

Lfd. Nr. 1): Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Seite Haushalt 77

Gesamtergebnishaushalt

Sachkonto 11

Beschreibung Personalaufwendungen

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	133.673.640
Kürzung um	5.000.000
neuer Haushaltsansatz	128.673.640

Begründung:

Folgende Einsparpotenziale sollen realisiert werden:

- Notwendige neue Stellen müssen durch Einsparung an anderer Stelle kostenneutral geschaffen werden
- Weitere Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit durch die Zusammenfassung von Ämtern und Dienststellen der Stadt und des Landkreises (z.B. Veterinärämter, Jugendämter)
- Aufgabe von eigenständigen Ämtern durch Integration in die Verwaltung (z.B. Bauverwaltungsamt)
- Zusammenlegung von Ämtern (z.B. Sportamt mit dem Umwelt- und Gartenamt)
- Prüfung, ob städtische Leistungen durch externe Vergabe kostengünstiger erbracht werden können (z.B. Rechtsauskünfte, Gutachten usw.)
- Stärkung der dezentralen Verantwortung durch Aufgabenreduzierung bei den Querschnittsämtern
- Schöpfung von Synergien durch verbesserte Zusammenarbeit Stadtverwaltung/Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften
- Streichung aller Ansätze für ein Energierreferat

Der Änderungsantrag Nr. 1 der CDU-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 2): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt

Seite 85

Teilergebnishaushalt

Gesamtergebnishaushalt

Nr.

Sachkonto 62002000

Beschreibung

Gehälter einschließlich Zulagen

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	67.911.730,00
Kürzung um	80.000,00
neuer Haushaltsansatz	67.831.730,00

Deckungsvorschlag:

Deckungsvorschlag 1 für die Änderungsanträge

- „Masterplanung Kasseler Osten“,
- „Aufsuchende Arbeit mit Alkoholkonsumenten im öffentlichen Raum des Stadtteils Wesertor“,
- „Familienzentrum Brückenhof-Nordshausen – Allgemeine Mieterberatung durch den Frauentreff Brückenhof“ und
- „Real Life“

Begründung:

Zur anteiligen Deckung der eben genannten Änderungsanträge ist die Reduzierung an verschiedenen Stellen des Personalbudgets um insgesamt 100.000,00 Euro notwendig. Der Anteil soll in diesem Sachkonto 80.000 Euro Reduzierung betragen. Die Verwaltung wird gebeten, die sinnvolle Verteilung über die Teilhaushalte des Jugendamtes, der Hochbau- und Gebäudebewirtschaftung, des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes und des Ordnungsamtes selbst vorzunehmen.

Dem gemeinsame Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 3): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt

Seite 86

Teilergebnishaushalt

Gesamtergebnishaushalt

Nr.

Sachkonto 64020000

Beschreibung

Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung Gehaltsbereich

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	14.016.250,00
Kürzung um	15.000,00
neuer Haushaltsansatz	14.001.250,00

Deckungsvorschlag:

Deckungsvorschlag 1 für die Änderungsanträge

- „Masterplanung Kasseler Osten“,
- „Aufsuchende Arbeit mit Alkoholkonsumenten im öffentlichen Raum des Stadtteils Wesertor“,
- „Familienzentrum Brückenhof-Nordshausen – Allgemeine Mieterberatung durch den Frauentreff Brückenhof“ und
- „Real Life“

Begründung:

Zur anteiligen Deckung der eben genannten Änderungsanträge ist die Reduzierung an verschiedenen Stellen des Personalbudgets um insgesamt 100.000,00 Euro notwendig. Der Anteil soll in diesem Sachkonto 15.000 Euro Reduzierung betragen. Die Verwaltung wird gebeten, die sinnvolle Verteilung über die Teilhaushalte des Jugendamtes, der Hochbau- und Gebäudebewirtschaftung, des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes und des Ordnungsamtes selbst vorzunehmen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 4): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt

Seite 86

Teilergebnishaushalt

Gesamtergebnishaushalt

Nr.

Sachkonto 64720000

Beschreibung

Zusatzversorgung Gehaltsbereich

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	5.813.230,00
Kürzung um	5.000,00
neuer Haushaltsansatz	5.808.230,00

Deckungsvorschlag:

Deckungsvorschlag 1 für die Änderungsanträge

- „Masterplanung Kasseler Osten“,
- „Aufsuchende Arbeit mit Alkoholkonsumenten im öffentlichen Raum des Stadtteils Wesertor“,
- „Familienzentrum Brückenhof-Nordshausen – Allgemeine Mieterberatung durch den Frauentreff Brückenhof“ und
- „Real Life“

Begründung:

Zur anteiligen Deckung der eben genannten Änderungsanträge ist die Reduzierung an verschiedenen Stellen des Personalbudgets um insgesamt 100.000,00 Euro notwendig. Der Anteil soll in diesem Sachkonto 5.000 Euro Reduzierung betragen. Die Verwaltung wird gebeten, die sinnvolle Verteilung über die Teilhaushalte des Jugendamtes, der Hochbau- und Gebäudebewirtschaftung, des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes und des Ordnungsamtes selbst vorzunehmen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 5): Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Seite Haushalt 87

Gesamtergebnishaushalt

Sachkonto 67710000, 67730000, 67790000

Beschreibung Aufwendungen für Sachverständige, Beratung u.a.

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	952.910
Kürzung um	95.291
neuer Haushaltsansatz	857.619

Begründung:

Die im Haushaltsplanentwurf 2012 eingestellten Mittel o.g Haushaltsstellen werden pauschal um 10 % gekürzt, da die Ansätze für 2012 deutlich über dem Ergebnis 2010 liegen. Ansätze für Beratungsleistungen und Gutachten sind auf das unumgängliche Mindestmaß zu reduzieren.

Der Änderungsantrag Nr. 5 der CDU-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 6): Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Seite Haushalt 87

Gesamtergebnishaushalt

Sachkonto 68601010, 68620000, 68630000, 68690000

Beschreibung Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation u.a.

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	1.413.970
Kürzung um	141.397
neuer Haushaltsansatz	1.272.573

Begründung:

Die im Haushaltsplanentwurf 2012 eingestellten Mittel o.g Haushaltsstellen werden pauschal um 10 % gekürzt, da die Ansätze für 2012 deutlich über dem Ergebnis 2010 liegen. Ansätze für Gästebewirtungen, Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit sind auf das unumgängliche Mindestmaß zu reduzieren.

Der Änderungsantrag Nr. 6 der CDU-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 7): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke

Sozialticket einführen

Teilergebnishaushalt 500 Sozialamt

Seite Haushalt 220, digitale Internetversion 212

Sachkonto 72301320

Beschreibung Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	10.000
Erhöhung um	850.000
neuer Haushaltsansatz	860.000

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Begründung:

Die Mittel werden bereitgestellt, um 2012 ein Sozialticket für 15 Euro im Monat in Kassel probeweise einführen zu können. Ein Sozialticket ermöglicht den Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben. Dies ist erstens ein wichtiges Grundbedürfnis und zweitens eine wichtige Grundlage, um auch erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Gerade angesichts der Krise sind wirksame Hilfen für Menschen mit geringem Einkommen dringend geboten.

Die Mittel zur Finanzierung des Angebots für die KVG werden in notwendiger Höhe von 850.000 Euro bereitgestellt. Eine wachsende Zahl von Städten und Regionen haben Sozialtickets bereits eingeführt, auch bei stark defizitärer Haushaltslage. In Kassel ist ein Sozialticket schon längst überfällig.

Der Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 8): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke

Sozialpass einführen

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erstellung und das Versenden eines Sozialpasses in Höhe von 20.000 €

Begründung:

Ein Sozialpass ist ein diskriminierungsfreier Nachweis zur Inanspruchnahme vorhandener Ermäßigungen in sozialen und kulturellen Bereichen ohne die detaillierte Offenlegung der Finanzsituation der LeistungsbezieherInnen.

In anderen Städten sind Sozialpässe bzw. Stadtpässe bereits erfolgreich eingeführt.

Im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport gab es eine Bürgereingabe zu diesem Thema, die nicht nur beschlossen, sondern mit den erforderlichen Mitteln umgesetzt werden soll.

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Der Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 9): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke
Gute Betreuung in den Kindertagesstätten**

Der Betreuungsschlüssel für die Regelgruppen in den Kindertagesstätten ist auf 2 Stellen in allen Regelgruppen festzuschreiben.

Es sind die notwendigen Mittel bereitzustellen damit in den städtischen Kindertagesstätten die Regelgruppengröße bei 20 Kindern liegen kann.

Es sind die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit die freien Träger so bezuschusst werden können, das auch dort eine Regelgruppengröße von 20 Kindern erreicht werden kann.

Begründung:

Grundlage von Bildungsgerechtigkeit ist eine fachlich angemessene Betreuung der Kinder von Anfang an. Zu dieser gehört neben einer adäquaten Gruppengröße ebenso ein Betreuungsschlüssel, der es ermöglicht, auf die Bedürfnisse der Kinder in angemessener Form einzugehen.

Darüber hinaus gilt: Wer steigenden Kosten in der Jugendhilfe ernsthaft entgegentreten will, muss frühzeitig in Kinderbetreuung und Bildung investieren. Im Gegensatz zu den unkontrolliert wachsenden Ausgaben in der „Nachsorge“ können diese Ausgaben sinnvoll gesteuert werden.

Der Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
abgelehnt.

Lfd. Nr. 10): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 395 ff
Teilergebnishaushalt 630 Stadtplanung
Nr. Neu
Beschreibung Masterplanung Kasseler Osten

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	0,00
Erhöhung um	50.000,00
neuer Haushaltsansatz	50.000,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung sollen 50.000 Euro aus der Reduzierung der Sachkonten 62002000, 64020000 und 64720000 im Gesamtergebnishaushalt um insgesamt 100.000 Euro verwandt.

Begründung:

Für den Kasseler Osten soll in den nächsten Jahren ein handlungsorientierter, integrierter Masterplan erarbeitet werden. Wichtige Voraussetzung einer Umsetzung ist die gemeinsame Ziel- und Interessensformulierung der beteiligten Akteure.

Um den ersten Schritt dieser Planung durchzuführen, sind Mittel bereit zu stellen.

Dem gemeinsame Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: FDP
Enthaltung: CDU, Kasseler Linke
zugestimmt.

**Lfd. Nr. 11): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke
Hebesatz erhöhen, Unternehmenssteuerausfälle begrenzen**

Teilergebnishaushalt 90 Allgemeine Finanzwirtschaft
Seite Haushalt 458, digitale Internetversion 449
Sachkonto 55530000
Beschreibung Gewerbesteuer

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	140.000.000
Erhöhung um	6.300.000
neuer Haushaltsansatz	146.300.000

Der Steuersatz für die Gemeindesteuer bei der Gewerbesteuer wird für das Haushaltsjahr 2012 auf 460 v.H. festgesetzt.

Begründung:

Mit der Unternehmenssteuerreform 2008 senkt die Bundesregierung die Gewerbesteuermesszahl von 5,0 % auf 3,5 %. Dies ist eine Senkung um 30% eines Faktors in der Gewerbesteuerberechnung. Ob die Kompensation der Einnahmeausfälle in den späteren Jahren wirklich greift, wird von etlichen Experten und den Erfahrungen mit der letzten Unternehmenssteuerreform 2000 in Frage gestellt.

Die Gewerbesteuer ist kommunal durch den Hebesatz zu beeinflussen. Damit kann das Stadtparlament der Steuersenkung gegensteuern und die erheblichen Steuergeschenke für Unternehmen zu Lasten notwendiger Aufgaben der Kommunen verringern. Die Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte entspricht einem Plus von ca. 4,5 % und kann den zu erwartenden Ausfällen entgegenwirken. Der Einfluss auf die Gewerbesteuer kann im Gegensatz zu vielen nicht beeinflussbaren Steueränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen zu Gunsten der Stadt Kassel und seiner BürgerInnen genutzt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 12): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke
Langes Feld freihalten**

Amt/Bereich 23 Liegenschaftsamt
Seite Haushalt 493, digitale Internetversion 482
Sachkonto 050011001 – Zugänge unbebaute Grundstücke
Beschreibung f. 2012 Kosten für den Erwerb von Grundstücken

Jahr	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro	2015 Euro
Haushaltsansatz	4.600.000	3.200.000	2.700.000	2.200.000
Kürzung um	3.000.000	2.200.000	1.700.000	1.200.000
Neuer Ansatz	1.600.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000

Begründung:

Eine Bebauung des Langen Felds wird auf Grund der Frisch- und Kaltluftversorgung, der Naherholung, des Naturschutzes und der hochwertigen landwirtschaftlichen Böden abgelehnt. Der Erwerb von landwirtschaftlichen Nutzflächen macht unter diesen Rahmenbedingungen keinen Sinn. Einem nachhaltigen, regionalen Gewerbeflächenmanagement wird durch die Neuausweisung des am Bedarf vorbei geplanten einkommunen Gewerbegebiets mit der Kapazität für die nächsten 3 Jahrzehnte entgegengearbeitet.

Bisher weigert sich der Magistrat darüber hinaus die Kosten für den Grundstückserwerb im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet Langes Feld und deren Finanzierungskosten offen zulegen. Bei einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Städtischen Geld und den Informationsrechten kann so keine weitere Mittelbereitstellung erfolgen.

Der Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 13): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 513
 Investition 650 0275 1 00
 Sachkonto 053 010 001
 Bezeichnung Schule Brückenhof / Mensa

Jahr	Ansatz 2012 Euro	VE (Verpflichtungs- ermächtigung)	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro	Finanzplan 2015 Euro
Haushaltsansatz	0,00		0,00	0,00	20.000,00
Erhöhung um	100.000,00	500.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00	0,00
Neuer Ansatz	100.000,00	500.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00	20.000,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung soll die Summe Investitionen der Maßnahme „Hafenbrücke“, Investitionsnummer 660 6110 1 52, S. 582, um 100.000,00 Euro gekürzt werden.

Begründung:

Um den pädagogischen Anforderungen der Schule Brückenhof/Nordshausen gerecht zu werden, soll eine Mensa für den Ganztagsschulbetrieb gebaut werden. Der Hortbetrieb wird in die Schule verlagert, um in der angrenzenden KiTa Platz für die notwendigen U-3 Betreuungsplätze zu schaffen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

**Lfd. Nr. 14): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke
 Ganztagsangebot an der Schule Brückenhof-Nordshausen vorziehen**

Amt/Bereich 400 Schulverwaltungsamt
 Seite Haushalt Seite 514, digitale Internetversion 503
 Sachkonto 053010001
 Beschreibung f. 2012 Schule Brückenhof Bauliche Verbesserungen

Jahr	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro	2015 Euro
Haushaltsansatz	0	0	0	1.529.000
Erhöhung um	1.529.000	0	0	
Kürzung um				1.529.000
Neuer Ansatz	1.529.000	0	0	0

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.
Kosten für den Erwerb von Grundstücken Langes Feld

Begründung:

Um ein Mittagessen ausgeben und Nachmittagsbetreuung anbieten zu können muss eine Mensa gebaut werden. Die Voraussetzungen sollen rechtzeitig geschaffen werden. Wenn erst auf die zusätzliche Bezahlung der Beschäftigten und Landes(förder)gelder gewartet wird, verzögert sich der von Allen gewünschte Ausbau des Anbots bis mindestens 2016.

„[Dem städtischen Schulamt] liegen bis heute neun Neuanträge für die Ausbaustufe 1 (pädagogischer Mittagstisch) von Grundschulen vor. [...]

Das Land muss ein neues Programm „Ganztagsschule“ auflegen und damit Stellen schaffen, die für die Umsetzung in den Schulen zwingend erforderlich sind. Die Kultusministerin hat ein solches Programm zu Beginn des Schuljahres 2013/14 angekündigt. In welchem Umfang Stellen und/oder Mittel zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehen und wie viel davon der Stadt Kassel zugeteilt werden, ist noch nicht absehbar.“ *Quelle* Schreiben der Dezernentin Anne Janz vom 1.9.11 an die Grundschulen der Warteliste.

Der Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 15): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 521

Investition 650 0375 2 00

Sachkonto 053 010 001

Bezeichnung Elisabeth-Knippling-Schule

Jahr	Ansatz 2012 Euro	VE (Verpflichtungs- ermächtigung)	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro	Finanzplan 2015 Euro
Haushaltsansatz	0,00		130.000,00	100.000,00	4.740.000,00
Erhöhung um	100.000,00				
Kürzung um				100.000,00	
Neuer Ansatz	100.000,00			0,00	4.740.000,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung soll die Summe Investitionen der Maßnahme „Hafenbrücke“, Investitionsnummer 660 6110 1 52, S. 582, um 100.000,00 Euro gekürzt werden.

Begründung:

Um die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten müssen, die Fachräume im Bereich Hauswirtschafts- (Herd, Kühlschrank, Spülmaschine), Textiltechnik- (Bügelanlage, Nähmaschinen, Wäschetrockner) und der naturwissenschaftlichen Räume (div. Geräte) ersetzt werden. Die Geräte sind verschlissen und entsprechen nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

**Lfd. Nr. 16): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke
Schulgebäude Unterhaltung sichern**

Amt/Bereich 400 Schulverwaltungsamt

Seite Haushalt 533, digitale Internetversion 522

Beschreibung f. 2012 Gesamtsumme Investitionen

Jahr	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro	2015 Euro
Haushaltsansatz	3.470.180	5.755.000	5.423.000	69.795.500
Erhöhung um	7.000.000	5.000.000	5.000.000	
Kürzung um				17.000.000
Neuer Ansatz	10.470.180	10.755.000	10.423.000	52.795.500

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Kosten für den Erwerb von Grundstücken Langes Feld

Begründung:

„Die städtischen Gebäude haben einen Neubauwert (hochgerechneter Versicherungswert 1914) von ca. 800 Mio. €. Wird nur 1% für die Unterhaltung angesetzt, so müssten jährlich 8,0 Mio. € veranschlagt werden. Da dieser Wert auf der Basis gesunder Substanz errechnet wird, wird das jährliche Defizit bei Veranschlagung von 6,0 Mio. € in Anbetracht der noch zu realisierenden Gebäudesanierung größer.“ S. 56 Entwurf Haushaltsplan 2011

„Das Kreditniveau für Hochbaumaßnahmen der Jahre 2012 / 2013, das in der Anmeldung auf dem des Jahres 2011 basierte, musste aufgrund der Kreditbegrenzung für 2012 nochmals reduziert werden.“ S. 52 Entwurf Haushaltsplan 2012

„Die Stadt sowie die städtischen Eigenbetriebe übernehmen eine Vorbildfunktion im Bereich Gebäudemanagement, energetische Sanierung, Effizienz und Beschaffung.“ (S.14) „Wir streben eine Verdoppelung der Sanierungsquote im Gebäudebestand an.“ S.15 Rot-Grün 2011-2016 Vereinbarung August 2011

Mit der zu beschließenden Erhöhung der Schulgebäudesanierung und -unterhaltung wird die bauliche Voraussetzung für eine gute Bildung und den effizienten Einsatz von Energie verbessert und dem weiteren Gebäudesubstanzverlust entgegengewirkt.

Der Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 17): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 551
 Investition 650 0750 1 00
 Sachkonto 053 100 001
 Bezeichnung Willi-Seidel-Haus/Fahrstuhl

Jahr	Ansatz 2012 Euro	VE (Verpflichtungs- ermächtigung)	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro	Finanzplan 2015 Euro
Haushaltsansatz	0,00			160.000,00	
Erhöhung um	180.000,00				
Kürzung um				160.000,00	
Neuer Ansatz	180.000,00			0,00	

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung soll die Investitionsförderungsmaßnahme „Tageszentrum Stadthalle Kapitalaufbau“ (Investition 900 9879 4 00, Sachkonto 130 001 100, S. 617) um 180.000,00 Euro gekürzt werden.

Begründung:

Der Anbau eines Fahrstuhls im Willi-Seidel-Haus ist notwendig, um den Anforderungen einer Barrierefreien Nutzung der Einrichtung zu ermöglichen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 18): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**Barrierefreiheit im Haus der Jugend herstellen**

Amt/Bereich Jugendamt, Willi Seidel Haus
 Seite Haushalt 551, digitale Version 539
 Sachkonto 053100001
 Beschreibung f. 2012 Aufzug, Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitei

Jahr	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro	2015 Euro
Haushaltsansatz	0	0	160.000	
Erhöhung um	180.000		0	
Kürzung um			160.000	
Neuer Ansatz	180.000		0	

Begründung:

Der gesetzlich garantierte Zugang zu öffentlichen Gebäuden soll für alle NutzerInnen des Willi-Seidel-Hauses endlich hergestellt werden.

Diese Forderung wurde unter anderem von dem direkt betroffenen Ortsbeirat Unterneustadt seit über 20 Jahren immer wieder gestellt.

Der Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Kasseler Linke wird mit Zustimmung zum gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne für erledigt erklärt.

Lfd. Nr. 19): Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Seite Haushalt: S. 567

Investition: 6701052100

Sachkonto: 053300001

Bezeichnung: Sportanlage Nordshausen, Kunstrasen-Kleinspielfeld (OBR21)

Jahr	Ansatz 2012 Euro
Haushaltsansatz	460.000,--€
Kürzung um	460.000,--€
Neuer Ansatz	0,-€

Begründung:

Angesichts der Haushaltslage ist die ständige Errichtung von überbeuerten Kunstrasenplätzen nicht zu rechtfertigen. Die veranschlagten Gelder sind einzusparen.

Die Unterhaltung eines Naturrasens kann und sollte wieder auf Sport treibende Vereine und Organisationen in Eigenverantwortung übertragen werden.

Der Änderungsantrag Nr. 19 der FDP-Fraktion wird bei

Zustimmung: FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Enthaltung: --

abgelehnt.**Lfd. Nr. 20): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke****Entenanger modernisieren**

Amt/Bereich 63 Stadtplanung und Bauaufsicht

Seite Haushalt 575, digitale Internetversion S. 564

Sachkonto 051010001

Beschreibung f. 2012 Umgestaltung Entenanger

Jahr	2012 Euro	2013 Euro
Haushaltsansatz	0	0
Erhöhung um	200.000	1.600.000
Neuer Ansatz	200.000	1.600.000

Begründung:

Der Entenanger mit seiner umgrenzenden Bebauung aus Wohn- und Geschäftsgebäuden entspricht im Erscheinungsbild und in der Ausstattung nicht mehr einem attraktiven Innenstadtquartier. Die Verbesserung der Aufenthalts- und Nutzungsqualität des Stadtplatzes ist die Voraussetzung das Quartier zu modernisieren und einer stabilen, gemischten Wohnbevölkerung ein attraktives Wohnen der kurzen Wege in einer durchgrüneten Umgebung zu eröffnen.

Der Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.**Lfd. Nr. 21): Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Seite Haushalt: 581

Investition: 6508000800

Sachkonto: 089000001
 Bezeichnung: Ausstattung technisches Rathaus

Jahr	Ansatz 2012 Euro	VE	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro	Finanzplan 2015 Euro
Haushaltsansatz	20.000		20.000	530.000	20.000
Kürzung um	0		0	510.000	0
Neuer Ansatz	20.000		20.000	20.000	20.000

Begründung:

Ein technisches Rathaus im Salzmann-Gebäude wird nicht realisiert.

Der Änderungsantrag Nr. 21 der CDU-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: Kasseler Linke

abgelehnt.

Lfd. Nr. 22): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 582
 Investition 660 6110 1 52
 Sachkonto 061 901 001 u.a.
 Bezeichnung Hafenbrücke, Summe Investitionen

Jahr	Ansatz 2012 Euro
Haushaltsansatz	342.700,00
Kürzung um	200.000,00
Neuer Ansatz	142.700,00

Deckungsvorschlag:

Deckungsvorschlag für den Änderungsantrag „Elisabeth-Knippling-Schule“ und „Schule Brückenhof / Mensa“.

Begründung:

Die Reduzierung des Haushaltsansatzes ist notwendig zur Deckung der Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Elisabeth-Knippling-Schule (Investition 650 0375 2 00) und „Schule Brückenhof / Mensa“ (Investition 650 0275 1 00) um jeweils 100.000,00 Euro im Jahr 2012.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

**Lfd. Nr. 23): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke
 Haushaltsänderungsantrag im Bereich des Straßenverkehrsamts
 Umbau Altmarktkreuzung zeitnah umsetzen**

Investitionsgruppe 660
 Seite 583
 Investition 660 6110 156
 Finanzzentrum Altmarkt

Für den Umbau der Altmarktkreuzung, barrierefreien für Fußgänger und mit sicherer Querungsmöglichkeit für Radler, sind die notwendigen städtischen Anteile im Haushalt bereit zu stellen. Der Umbau soll so schnell wie möglich erfolgen.

Begründung:

Für die notwendige und rechtlich geforderte barrierefreie Querung der Altmarktkreuzung muss zeitnah eine Lösung gebaut werden. Das unwürdige Gerangel des Landes Hessen mit der Stadt Kassel geht zu Lasten vieler Verkehrsteilnehmer. Um den Ausbau nicht weitere Jahre in die Zukunft zu schieben, sollen zumindest die Komplementärmittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll zwischen den formulierten Sperrzeiten der 100 Tage dOCUMENTA und der 1100 Jahrfeier / Hessentag 2013 erfolgen.

Der Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke
 Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
 Enthaltung: --
abgelehnt.

Lfd. Nr. 24): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke

Keine Privatisierung städtischer Aufgaben

Amt/Bereich 90 Allgemeine Finanzwirtschaft
 Seite Haushalt 616, digitale Internetversion 605
 Sachkonto 130001100
 Beschreibung f. 2012 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Jahr	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro	2015 Euro
Haushaltsansatz	100.000	100.000	100.000	100.000
Kürzung um	100.000			
Neuer Ansatz	0			

Begründung:

Die stete Bereitstellung von 100.000 Euro als Kapital für neue Unternehmensgründungen und Beteiligungen wird als Privatisierungsansatz abgelehnt. Es sind inzwischen viele Aufgaben in Form von GmbHs und anderen privatrechtlichen Gesellschaftsformen gegründet worden. Die Stadtverordneten und die Öffentlichkeit haben nur sehr eingeschränkten Informationszugang und noch eingeschränkteren Einfluss auf die Firmenpolitik. Erst wenn es nicht funktioniert und weiteres Geld aus dem Haushalt benötigt wird, tauchen ein paar Informationen zu den Gesellschaften auf wie z.B. bei FIDT oder jüngst beim Science Park.

Der Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion Kasseler Linke wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke
 Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
 Enthaltung: --
abgelehnt.

Lfd. Nr. 25): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 617
 Investition 900 9879 4 00

Sachkonto 130 001 100
 Bezeichnung Tagungszentrum Stadthalle Kapitalaufbau

Jahr	Ansatz 2012 Euro	VE (Verpflichtungs- ermächtigung)	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro	Finanzplan 2015 Euro
Haushaltsansatz	1.000.000,00		2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
Erhöhung um					180.000,00
Kürzung um	180.000,00				
Neuer Ansatz	820.000,00				2.180.000,00

Deckungsvorschlag:

Deckungsvorschlag für den Änderungsantrag „Willi-Seidel-Haus/Fahrstuhl“.

Begründung:

Die Reduzierung des für 2012 vorgesehen Kapitalaufbaus ist erforderlich zur Deckung der Investition im Willi-Seidel-Haus (Investition 65 00 75 01 00).

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 26): Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Seite Haushalt: S. 633 ff

Teilergebnishaushalt: Zusammenstellung der veranschlagten Zuschüsse und Zuwendungen 2012

Beschreibung: Gesamtsumme S. 636

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	22.159.613,- €
Kürzung um	10 %

Begründung:

Bei den freiwilligen Zuschüssen und Zuwendungen ist eine Kürzung um 10 % vorzunehmen. Ausgenommen davon werden finanzielle Ansätze für Kinder und Jugendliche, sowie die Weiterleitung von Spenden, Landes- und EU-Mitteln.

Der Änderungsantrag Nr. 26 der FDP-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: --

Nichtbeteiligung: Kasseler Linke

abgelehnt.

Lfd. Nr. 27): Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Seite Haushalt 633 ff

Teilergebnishaushalt diverse

Beschreibung	Zuschüsse und Zuwendungen
Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	5.020.494
Kürzung um	502.049
neuer Haushaltsansatz	4.518.445

Begründung:

Zur Haushaltskonsolidierung muss auch im Bereich der Zuschüsse und Zuwendungen ein Beitrag geleistet werden. Die im Haushaltsplanentwurf 2012 eingestellten Mittel o.g Haushaltsstellen werden pauschal um 10 % gekürzt. Die Sportförderung, die Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten freier Träger sowie vertraglich vereinbarte Leistungen und die Weiterleitung von Spenden, Landes- u. EU-Mitteln bleiben hiervon unberührt.

Der Änderungsantrag Nr. 27 der CDU-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 28): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 634

Teilergebnishaushalt Zuschüsse und Zuwendungen 2012

Nr. Neu

Beschreibung Aufsuchende Arbeit mit Alkoholkonsumenten im öffentlichen Raum des Stadtteils Wesertor

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	0,00
Erhöhung um	20.000,00
neuer Haushaltsansatz	20.000,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung sollen 20.000 Euro aus der Reduzierung der Sachkonten 62002000, 64020000 und 64720000 im Gesamtergebnishaushalt um insgesamt 100.000 Euro verwandt.

Begründung:

Das Projekt, das vom Diakonischen Werk durchgeführt wird, endet zum 31.03.2012 mit dem Wegfall der HEGISS-Mittel. Die Mittel sollen zur Fortführung dieses Projektes, das für die Sozialstruktur im Stadtteil Wesertor eine wichtige Funktion erfüllt, über den 31.03.2012 hinaus eingesetzt werden.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke

zugestimmt.

Lfd. Nr. 29): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 634

Teilergebnishaushalt 51003 Zuschüsse und Zuwendungen 2012

Nr.	Neu
Beschreibung	„Feuerwehrtopf“ Jugend
Jahr	2012
	Euro
Haushaltsansatz	0,00
Erhöhung um	20.000,00
neuer Haushaltsansatz	20.000,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung dieses Änderungsantrages soll der Zuschuss für die Drogenhilfe Nordhessen für diverse Projekte (Kids) reduziert werden (S. 635, TeilHH 51004, Sachkonto 712 800 000, Kostenstelle 510 00 302, Drogenhilfe Nordhessen e.V., verschiedene Projekte).

Begründung:

Die 20.000 Euro sollen für einen „Feuerwehrtopf“ Jugend verwendet werden, um angesichts unvorhergesehener Situationen und Bedarfe im Jugendbereich flexibel reagieren zu können.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke

zugestimmt.

Lfd. Nr. 30): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 635

Teilergebnishaushalt 51004

Nr. 510 00 302

Beschreibung Drogenhilfe Nordhessen – verschiedene Projekte (Kids)

Jahr	2012
	Euro
Haushaltsansatz	458.341,00
Kürzung um	45.000,00
neuer Haushaltsansatz	413.341,00

Deckungsvorschlag:

Deckungsvorschlag für die Änderungsanträge

- „Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche / Ausweitung Übergangsmanagement“ und
- „Feuerwehrtopf Jugend“.

Begründung:

Die Reduzierung ist notwendig zur Deckung der Erhöhung durch die Anträge „Ausweitung Übergangsmanagement“ und „Feuerwehrtopf Jugend“.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 31): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 348 / 635

Teilergebnishaushalt 51003

Nr. Sachkonto 71280000
 Beschreibung Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche / Ausweitung
 Übergangsmanagement

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	100.000 / 1.150.570,00
Erhöhung um	20.000,00
neuer Haushaltsansatz	120.000 / 1.170.570,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung dieses Änderungsantrages soll der Zuschuss für die Drogenhilfe Nordhessen für diverse Projekte (Kids) reduziert werden (S. 635, TeilHH 51004, Sachkonto 712 800 000, Kostenstelle 510 00 302, Drogenhilfe Nordhessen e.V., verschiedene Projekte).

Begründung:

Die zusätzlichen 20.000 Euro sollen zur Ausweitung des sozialen Übergangsmanagements im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt Wesertor“ verwendet werden.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke

zugestimmt.

Lfd. Nr. 32): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 636

Teilergebnishaushalt 80 301 / Zuschüsse und Zuwendungen 2012

Nr. Neu

Beschreibung Allgemeine Mieterberatung durch den Frauentreff Brückenhof

Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	63.668 / 0,00
Erhöhung um	15.000,00
neuer Haushaltsansatz	78.668 / 15.000,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung sollen 15.000 Euro aus der Reduzierung der Sachkonten 62002000, 64020000 und 64720000 im Gesamtergebnishaushalt um insgesamt 100.000 Euro verwandt.

Begründung:

Der Frauentreff Brückenhof e.V. arbeitet in Kooperation mit der GWH für ein Familienzentrum/Bürgerbüro, welches präventive und begleitende Maßnahmen für Bürgerinnen und Bürger anbietet.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke

zugestimmt.

Lfd. Nr. 33): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 635 ff.

Teilergebnishaushalt Zuschüsse und Zuwendungen 2012

Nr. Beschreibung	Neu Real Life
Jahr	2012 Euro
Haushaltsansatz	0,00
Erhöhung um	15.000,00
neuer Haushaltsansatz	15.000,00

Deckungsvorschlag:

Zur Deckung sollen 15.000 Euro aus der Reduzierung der Sachkonten 62002000, 64020000 und 64720000 im Gesamtergebnishaushalt um insgesamt 100.000 Euro verwandt.

Begründung:

Das Projekt Real Life muss fortgeführt werden können. Hierfür sind 15.000,00 Euro notwendig. Das Projekt wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die ein auffälliges Computerspielverhalten aufweisen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke

zugestimmt.

Lfd. Nr. 34): Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Seite Haushalt ---

Gesamtergebnishaushalt ---

Sachkonto ---

Beschreibung ---

Jahr	2012 Euro
Kürzung des Haushalts 2012 um	5.000.000

Begründung:

Durch Erlass von Haushaltsbewirtschaftungsgrundsätzen im Haushaltsvollzug 2012 ist eine Ausgabenreduzierung von mindestens 5 Mio. € vorzunehmen.

Stadtkämmerer Dr. Barthel weist darauf hin, dass die Festlegung der Haushaltsbewirtschaftungsgrundsätze ausschließlich Aufgabe des Magistrats ist.

Der Änderungsantrag Nr. 34 der CDU-Fraktion wird heute zurückgestellt und gegebenenfalls in der Stadtverordnetenversammlung am 12. Dezember 2011 erneut zur Beratung eingebracht.

Nach Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2012 einschließlich der Veränderungsliste und der Änderungsanträge in 2. Lesung stellt Vorsitzende Friedrich die Vorlage des Magistrats in der Fassung der Veränderungsliste 1 und der heute erarbeiteten Fassung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zur Abstimmung.

➤ **Durch Änderungsanträge der Fraktionen geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt
 - a) die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 vom 29.08.2011 **einschließlich der Veränderungsliste 1 zum Haushaltsplan 2012 und in der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 30. November 2011 erarbeiteten Fassung.**
 - b) das Investitionsprogramm (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2012 – 2015 **in der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 30. November 2011 erarbeiteten Fassung.**
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2011 bis 2015 nach dem Stand vom 29.08.2011 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.
5. Auf die Aufstellung von Eckwerten für den Haushaltsplan wird verzichtet.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2012 bis 2015 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015, 101.17.131, **in der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 30.11.2011 erarbeiteten Fassung, wird zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Döhne

- 3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 11/2011 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.240 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 11/2011 enthaltene über- und außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung

im Finanzhaushalt in Höhe von 25.000,00 €.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 11/2011 -, 101.17.240, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Wett

- 4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Kenntnisnahme Liste A/2011 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.241 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von den in der beigefügten Liste gemäß § 114 g Abs. 1 HGO bewilligten über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen

im Ergebnishaushalt in Höhe von 436.953,03 €
im Finanzhaushalt in Höhe von 236.177,69 €

Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Kenntnisnahme Liste A/2011 -, 101.17.241, wird zur Kenntnis genommen.

5. Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 für den Eigenbetrieb "Kasseler Entwässerungsbetrieb" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015

Vorlage des Magistrats
- 101.17.247 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

den Wirtschaftsplan 2012 und das Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 des Eigenbetriebes „Kasseler Entwässerungsbetrieb“

und stimmt dem Beschluss über den Wirtschaftsplan „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ für das Wirtschaftsjahr 2012 zu.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt vom Finanzplan des Eigenbetriebes „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ für die Jahre 2011 bis 2015 Kenntnis.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 für den Eigenbetrieb "Kasseler Entwässerungsbetrieb" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015, 101.17.247, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

6. Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015

Vorlage des Magistrats
- 101.17.248 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

den Wirtschaftsplan 2012 und das Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 des Eigenbetriebes „Die Stadtreiniger Kassel“ und

stimmt dem Beschluss über den Wirtschaftsplan „Die Stadtreiniger Kassel“ für das Wirtschaftsjahr 2012 zu.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt vom Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 des Eigenbetriebes „Die Stadtreiniger Kassel“ Kenntnis.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015, 101.17.248, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

- 7. Gesundheit Nordhessen Holding AG**
Gründung der Kassel School of Medicine gGmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.17.252 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der beabsichtigten Gründung der „Kassel School of Medicine gemeinnützigen GmbH“ mit einem Stammkapital in Höhe von 200.000 Euro durch die Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) wird zugestimmt.
2. Der Erhöhung des Eigenkapitals um 2.800.000 Euro wird zugestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Bürgermeister Kaiser und Stadtkämmerer Dr. Barthel beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gesundheit Nordhessen Holding AG
Gründung der Kassel School of Medicine gGmbH, 101.17.252, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

- 8. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 12/2011 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.262 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 12/2011 enthaltene über- und außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung

im Finanzhaushalt in Höhe von 238.000,00 €.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 12/2011 -, 101.17.262, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

- 9. Abschluss eines Vertrages zwischen der Stadt Kassel und der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.263 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für die Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung wird ab dem Jahr 2012 der seit dem Jahr 1996 gewährte Mietkostenzuschuss in Höhe von 16.620 € jährlich vertraglich abgesichert.

Dem Abschluss des im Entwurf beigefügten Vertrages zwischen der Stadt Kassel und der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung wird zugestimmt.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Abschluss eines Vertrages zwischen der Stadt Kassel und der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, 101.17.263, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Stähling-Dittmann

- 10. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Fünfte Änderung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.265 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Fünfte Änderung), 101.17.265, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

11.1 Risiken Salzman - "Untervermietung" frei werdender Räume

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.281 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es richtig, dass in allen 5 Varianten die bestehenden Mietverhältnisse zum Einzugstermin der städtischen Ämter in das Salzmanngebäude beendet werden können und keine Kosten für vorzeitige Auszüge der betreffenden Ämter entstehen?
2. Wenn nein, wie lang sind die verbleibenden Bindungszeiten und wie hoch die jeweiligen monatlichen Zahlungsverpflichtungen?

3. In den Objekten Kurt-Schumacher-Straße, Obere Königstraße 3-5 und Leipziger Straße soll jeweils untervermietet werden. Es handelt sich nicht um Wohnraummietverhältnisse und es sollen auch nicht Teile untervermietet werden, sondern es soll selbstständige Gebrauchsüberlassung an Dritte erfolgen.
 - a) Sind diese Mietverträge darauf geprüft, ob das Recht zur Gebrauchsüberlassung oder Weitervermietung besteht oder vertraglich ausgeschlossen bzw. eingeschränkt ist?
 - b) Für welchen Zeitraum und in welcher Höhe belaufen sich die Verluste aus „Untermieteinnahmen“ in den jeweiligen Varianten 1 bis 5, wenn keine „Untervermietung“ gelingt bzw. der „Untermieter“ nicht zahlt?
 - c) Wie hoch schätzt der Magistrat das Risiko möglicher Haftungen für Schäden, die die „Untermieter“ verursachen?
4. Hat der Magistrat berücksichtigt, dass die Planung des Investors im Salzmanngebäude neben dem städtischen Mietanteil von 10.000 m² Bürofläche, weitere 32.000 m² Bürofläche dort zu schaffen, starken Preisdruck auf Büromieten erzeugen wird?
5. Wie schätzt der Magistrat die Auswirkungen auf den Leerstand von Büroräumen in der Innenstadt und die Schwächung der Innenstadt durch weniger Arbeitnehmer und Besucher ein, wenn in innenstadtferner Lage 42.000 m² Bürofläche entstehen sollen?

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Auf Vorschlag von Oberbürgermeister Hilgen wird die Antwort auf die Anfrage schriftlich zum Protokoll gegeben und mit der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2011 zum Tagesordnungspunkt betr. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude, 101.17.268, versandt.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Zusage der schriftlichen Antwort zum Protokoll und zur Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2011 für erledigt.

11. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude

Vorlage des Magistrats
- 101.17.268 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt verfolgt das Ziel, die Entwicklung des Stadtteils Bettenhausen durch eine zukunftsfruchtige Nutzung des Salzmann-Gebäudes und -Geländes zu unterstützen und gleichzeitig die Effektivität der Stadtverwaltung durch Reduzierung der Außenstellen und Zusammenlegung bisher räumlich getrennter Verwaltungsteile zu steigern. Zu diesem Zweck wird der Magistrat ermächtigt, zur Unterbringung der Ämter des Dezernates Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen (Dezernat VI) im Salzmann-Gebäude in Bettenhausen Flächen in einer Größenordnung von bis zu 10.000 m² (Brutto-Nutzfläche) unter folgenden Voraussetzungen langfristig anzumieten:
 - a) der durchschnittliche Mietzins beträgt € 4,73 pro Monat und m².
 - b) die Heizkosten belaufen sich auf € 2,03 pro Jahr und m².
 - c) die Mietflächen müssen in Hinsicht auf Ausstattung und Standards den Anforderungen an moderne, attraktive Arbeitsplätze in vollem Umfang entsprechen.

- d) Die Einhaltung der bau- und brandschutztechnischen Vorschriften ist durch die Vorlage eines brandschutztechnischen Gutachtens nachzuweisen. Insbesondere gilt dies für Rettungswege, die Baukonstruktion und Nutzungseinheiten.
 - e) Der Mietvertrag kann erst dann rechtswirksam abgeschlossen werden, wenn für die vorgelegten Pläne mit der Qualitätsstufe gemäß Leistungsphase 3 und 4 § 33 HOAI die bauordnungsrechtliche Machbarkeit gemäß Punkt 1 d) bestätigt werden kann und die Modernisierungsvereinbarung mit einer tragfähigen Wirtschaftlichkeitsberechnung abgeschlossen werden kann.
2. Das Projekt ist in ein Belegungs- und Nutzungskonzept für das Grundstück einzubetten, bei dem die Fragen der Erschließung, des ruhenden Verkehrs, der Freiräume und eventueller sonstiger Flächennutzung abschließend geklärt sind, um die Verzahnung mit dem Stadtteil Bettenhausen zu gewährleisten.
Die erforderlichen Stellplätze für die Nutzung als technisches Rathaus sind Fördergegenstand der Städtebauförderung und daher der Stadt Kassel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
3. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, eine Masterplanung für die östlich der Fulda gelegenen Stadtteile zu erarbeiten. Als ersten Schritt hierzu führt er in Zusammenarbeit mit den betreffenden Ortsbeiräten und den lokalen Akteuren aus Wirtschaft und Kultur eine Zukunftskonferenz durch.

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
 Zustimmung: SPD, B90/Grüne
 Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP
 Enthaltung: --
 den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude, 101.17.268, wird **zugestimmt**.

Im Rahmen der Diskussion bringt Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke, folgenden Änderungsantrag ein und begründet ihn.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 1 des Beschlusstextes wird wie folgt geändert:

1. Die Stadt verfolgt das Ziel, die Entwicklung des Stadtteils Bettenhausen durch eine zukunftssträchtige Nutzung des Salzmann-Gebäudes und -Geländes zu unterstützen und gleichzeitig die Effektivität der Stadtverwaltung durch Reduzierung der Außenstellen und Zusammenlegung bisher räumlich getrennter Verwaltungsteile zu steigern. Zu diesem Zweck wird der Magistrat **beauftragt**, zur Unterbringung der Ämter des Dezernates Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen (Dezernat VI) im Salzmann-Gebäude in Bettenhausen Flächen in einer Größenordnung von bis zu 10.000 m² (Brutto-Nutzfläche) unter folgenden Voraussetzungen **einen Mietvertrag auszuhandeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen:**

.....

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Anmietung von Büroraum im Salzmann-Gebäude, 101.17.268, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

- 12. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 13/2011 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.269 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 13/2011 enthaltenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen

im Ergebnishaushalt in Höhe von 601.535,00 €.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 13/2011 -, 101.17.269, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

- 13. Städtische Werke AG**
Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
Vorlage des Magistrats
- 101.17.274 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Übernahme einer Beteiligung der Städtische Werke AG (STW) an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) als Kommanditistin mit einer Festeinlage

von 5 Mio. € wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.“

Im Rahmen der Beratung beantworten Oberbürgermeister Hilgen und Stadtkämmerer Dr. Barthel die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke AG
Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, 101.17.274, wird
zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

14. Laufzeiten und Zinssätze der Kredite der Stadt Kassel

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.207 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Laufende Kosten für Fahrradleihsystem

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.214 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

16. Einrichtung eines dritten Recyclinghofs

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.235 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

17. Versetzung von Fahrradständern

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.236 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

18. Erlaubnis von Bild- und Tonaufnahmen in allen öffentlichen Gremien

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.242 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

19. Fahrradverleihsystem

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.17.246 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

20. Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.17.251 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

21. Kunstrasenplatz Daspel

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.17.266 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

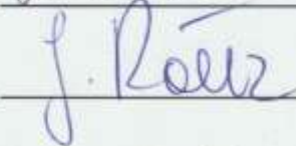
zur 8. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen am
Mittwoch, 30. November 2011, 16:00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Petra Friedrich, SPD
Vorsitzende



Gernot Rönz, B90 / Grüne
1. stellvertretender Vorsitzender




Dr. Maik Behschad, CDU
2. stellvertretender Vorsitzender



Anke Bergmann, SPD
Mitglied



Wolfgang Decker MdL, SPD
Mitglied



Uwe Frankenberger MdL, SPD
Mitglied



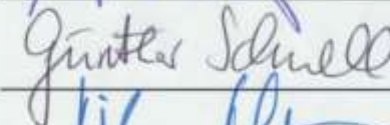
Christian Geselle, SPD
Mitglied



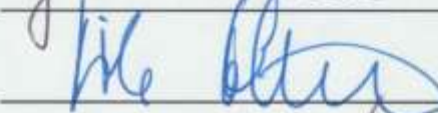
Hermann Hartig, SPD
Mitglied



Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied



Dirk Döhne, B90 / Grüne
Mitglied



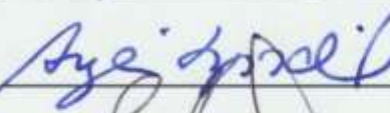
Ruth Fürsch, B90 / Grüne
Mitglied



Thomas Koch, B90 / Grüne
Mitglied



Anja Lipschik, B90 / Grüne
Mitglied



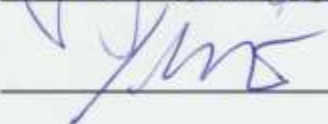
Bernd-Peter Doose, CDU
Mitglied



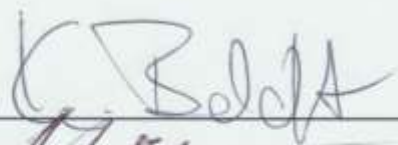
Georg Lewandowski, CDU
Mitglied

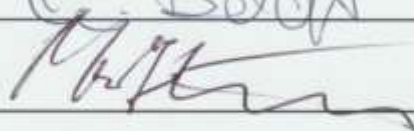


Dr. Norbert Wett, CDU
Mitglied



Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke
Mitglied




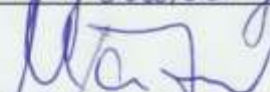



Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter







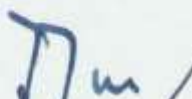
Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

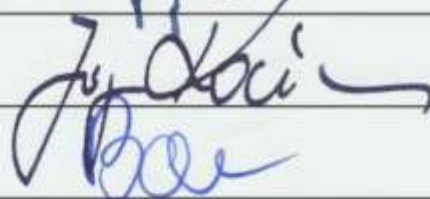
Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Izzet Pehlivan,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister





Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin



Schriftführung

Nicole Schmidt,
Schriftführerin






Edith Schneider,
-16-

Verwaltung und andere Teilnehmer

Heckelich	-20-	Zoderebach	-60-
Rios	-20-		
Doll	-20-		
Saüpe-Klinges	-20-		
Koch	-16-		
Metz	-41-		
Blumewier	-41-		
Wittig	-11-		
Benckow	-11-		
Kroop	-10-		
G. Kreisbach	-40-		
Carbach	-51-		
Stahn g/	-50-		
Buchhoff	-50-		
Meyer	-66-		
Schrop	-650-		
	-65-		
P. L. Oelmeier	-67-		
Stu	-670-		

An
- VI -



Risiken Salzmann-„Untervermietung“ frei werdender Räume

Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.11.2011 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 30.11.2011

Vorlage Nr.:

Fragesteller: Stadtverordneter Wolfram Kieselbach

Anfrage: Wir fragen den Magistrat:

Frage 1: Ist es richtig, dass in allen 5 Varianten die bestehenden Mietverhältnisse zum Einzugstermin der städtischen Ämter in das Salzmanngebäude beendet werden können und keine Kosten für vorzeitige Auszüge der betreffenden Ämter entstehen?

Antwort 1: -11- antwortet: nein, wenn der Einzugstermin bei Salzmann der Januar 2013 sein wird. Verschiebungen nach hinten minimieren entsprechend das Risiko aus Untervermietung.

Frage 2: Wenn nein, wie lang sind die verbleibenden Bindungszeiten und wie hoch die jeweiligen monatlichen Zahlungsverpflichtungen?

Antwort 2: -11- antwortet:
Für das zur Diskussion stehende Modell „Technisches Rathaus gilt:

Liegenschaft / Organisationseinheit		Ende des aktuellen Mietvertrages	mtl. Kaltmiete
Arbeitssicherheitsdienst	Obere Königsstraße 7	31.12.2014	438,33 €
Arbeitssicherheitsdienst	Obere Königsstraße 7 / Keller	31.12.2014	22,50 €
Gewerbsteuer	Obere Königsstraße 7	31.12.2013	1.741,15 €
Liegenschaftsamt	Obere Königsstraße 7	31.12.2013	5.619,55 €
Ordnungsamt	Kurt-Schumacher-Straße 29 bis 31	31.12.2017	19.063,10 €
Straßenverkehrsamt	Friedrichstraße 36	12 M.z. 28.02. d.J.	8.075,42 €
Umwelt- und Gartenamt	Obere Karlsstraße 15	31.12.2011	5.159,83 €
Zukunftsbüro	Obere Königsstraße 7	31.12.2014	573,50 €
Zukunftsbüro	Obere Königsstraße 7 / Keller	31.12.2014	27,00 €
Veterinäramt	Kurt-Schumacher-Str. 31	31.03.2018	2.026,97 €
KAF	Wilhelmstraße	31.01.2015	1.993,32 €
Sozialamt (-5004-)	Obere Königsstraße 9	30.09.2016	950,00 €

Frage 3: In den Objekten Kurt-Schumacher-Straße, Obere Königstraße 3-5 und Leipziger Straße soll jeweils untervermietet werden. Es handelt sich nicht um Wohnraummietverhältnisse und es sollen auch nicht Teile untervermietet werden, sondern es soll selbständige Gebrauchsüberlassung an Dritte erfolgen.

Frage 3.a): Sind diese Mietverhältnisse darauf geprüft, ob das Recht zur Gebrauchsüberlassung oder Weitervermietung besteht oder vertraglich ausgeschlossen bzw. eingeschränkt ist?

Antwort 3.a): Soweit die Flächen nicht als Pufferflächen während der Sanierung im Rathaus benötigt werden (die Stadt bleibt selbst Mieter), sind Untervermietungen nach Zustimmung des Vermieters möglich.

Frage 3.b): Für welchen Zeitraum und in welcher Höhe belaufen sich die Verluste aus „Untermieteinnahmen“ in den jeweiligen Varianten 1 bis 5, wenn keine „Untervermietung“ gelingt bzw. der „Untermieter“ nicht zahlt?

Antwort 3.b): -11- antwortet:

1. Modell Technisches Rathaus: 728.784 € für 54 Monate in der Kurt Schumacher Straße
2. Modell Jugend und Soziales: 1.649.084 € für 118 Monate in Oberen Königsstraße 3 und 125 Monate in der Kurt Schumacher Straße,
3. Modell Jugend und Schule: wie Jugend und Soziales,
4. Modell Jugend, Schule, Ordnung: 2.377.868 € für 118 Monate in Oberen Königsstraße 3 und 125 Monate in der Kurt Schumacher Straße (ehemals Jugendamt) sowie 54 Monate in der Kurt Schumacher Straße (ehemals Ordnungsamt),
5. Modell Kulturfabrik: 889.272 € 108 Monate für Depotflächen Leipziger Straße.

Die Risiken verringern sich, wenn freigewordene Flächen als Pufferfläche für die Sanierung des Rathauses genutzt werden

Frage 3.c): Wie hoch schätzt der Magistrat das Risiko möglicher Haftungen für Schäden, die die „Untermieter“ verursachen?

Antwort 3.c): Die Haftung für Schäden durch den Mieter übernimmt wie in allen anderen Gewerbemietverträgen vertraglich der Mieter. Dieser kann beim Untermieter Regress nehmen.

Frage 4: Hat der Magistrat berücksichtigt, dass die Planung des Investors im Salzmanngebäude neben dem städtischen Mietanteil von 10.000 m² Bürofläche, weitere 32.000 m² Bürofläche dort zu schaffen, starken Preisdruck auf Büromieten erzeugen wird?

Antwort 4: Der Magistrat geht nicht davon aus, dass durch die Schaffung neuer gewerblicher Mietflächen im Salzmanngebäude ein spürbarer Preisdruck auf Büromieten in Kassel entsteht. Die gesamte Mietfläche beträgt im Übrigen nicht 42.000 m², sondern 22.000 m².

Frage 5: Wie schätzt der Magistrat die Auswirkungen auf den Leerstand von Büroräumen in der Innenstadt und die Schwächung der Innenstadt durch weniger Arbeitnehmer und Besucher ein, wenn in innenstadtferner Lage 42.000 m² Bürofläche entstehen sollen?

Antwort 5: Angesichts der hohen Besucherfrequenz der Innenstadt und der großen Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Zentrum Kassels wird die Verlagerung von 300 Arbeitsplätzen nach Bettenhausen keine spürbar negativen Auswirkungen auf die Innenstadt haben. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Neukäter